

Bern, 23. Mai 2014

Medienmitteilung

Die FDP-Liberale Fraktion kämpft weiter gegen die Erbschaftssteuerinitiative

Neues Führungsmodell für mehr Effizienz in der Bundesverwaltung

Die FDP-Liberale Fraktion bekämpft auch in der kommenden Sommersession die Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“. Diese schadet Mittelstand und KMU, greift die Steuerhoheit der Kantone an und trägt nichts zur Sanierung unserer AHV bei. Das heute an der Fraktionssitzung diskutierte neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung wird von der FDP-Liberale Fraktion begrüsst: Es würde mehr Effizienz schaffen und die Eigenverantwortung in den Bundesverwaltungseinheiten stärken.

An ihrer heutigen Sitzung hat die FDP-Liberale Fraktion ihre klare Ablehnung gegenüber der Erbschaftssteuer-Initiative bekräftigt. Diese verlangt eine Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen über 2 Millionen Franken von direkten Familiennachkommen mit 20 Prozent. Die Initiative gibt vor, die AHV sanieren zu wollen. Jedoch wären die geschätzten Mehreinnahmen von jährlich 2 Milliarden Franken bei einem AHV-Defizit von bis zu 11,4 Milliarden Franken (ab 2030) ein Tropfen auf den heissen Stein. Stattdessen sind grundlegende strukturelle Veränderungen nötig.

Torpedierung von KMU und Mittelstand

Die von SP, Grünen, EVP, CSP und Gewerkschaftsbund lancierte Initiative torpediert den Mittelstand und unsere KMU: Gerade Immobilien haben in den letzten Jahren teilweise massive Preissteigerungen erfahren, womit die 2-Millionen-Grenze schnell erreicht wäre. Damit würde die Geschäftsübernahme von KMU mit eigenen Immobilien in der Familie durch die nächste Generation praktisch verunmöglicht und Arbeitsplätze gefährdet. Die Initiative greift zudem in die Steuerhoheit der Kantone ein. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich im Parlament deshalb entschieden gegen die Initiative engagieren.

Ergebnisorientierte Steuerung der Bundesverwaltung

Des Weiteren hat sich die FDP-Liberale Fraktion mit dem neuen Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) befasst. Begrüsszt werden eine Steuerung sämtlicher Bundesverwaltungseinheiten mit Globalbudgets, eine Zusammenführung von Voranschlag und Finanzplanung sowie die Verknüpfung mit messbaren Zielen. Damit würden Steuerung und Vollzug des Bundeshaushalts eigenverantwortlicher und ergebnisorientierter. Auch eine verbesserte Einflussnahme durch das Parlament, die raschere Beschlussmöglichkeit von Änderungsanträgen in Budgetfragen sowie mehr Transparenz, insbesondere beim Informatikaufwand, erachtet die FDP-Liberale Fraktion als notwendig – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

- › Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
- › Ignazio Cassis, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 318 20 30
- › Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurelie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48